



Wie lange wird stillgehalten?

Karikatur: Heiko Sakurai

Leitartikel
Michael Gabel

zu dem, was die Politik aus Verbrauchersicht 2024 tun muss



Klarer Kurs nötig

Wie gut es den Menschen in Deutschland geht, dafür ist das Weihnachtsgeschäft ein zuverlässiger Indikator. Diesmal lief es im Handel eher mau. Das lag aber weniger daran, dass fürs großzügige Geschenkekaufen kein Geld mehr vorhanden wäre. Die Bundesbürger sind sparsamer geworden, was in politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine vernünftige Haltung ist. Denn niemand kann wissen, was nach Corona, Krieg in der Ukraine und Inflationsschub noch alles an mittleren und großen Katastrophen kommen wird.

Gut für die Volkswirtschaft ist so viel „Kaufzurückhaltung“ jedoch nicht. Und so sollte jede Regierung eigentlich danach streben, den Menschen auch in turbulenten Zeiten ein möglichst stabiles Gefühl von Sicherheit (zurück) zu geben, sodass sich allgemein wieder entspannter leben und damit konsumieren lässt.

Der Auftrag an die drei Ampel-Partner ist damit klar: Sie müssen beim Regieren die Phase von Versuch und Irrtum nun dringend beenden. Verworrenes und überstürztes Handeln wie etwa bei der wieder zurückgenommenen Gasumlage oder beim mehrfach veränderten Heizungs-gesetz ist der beste Weg, um die Bevölkerung tiefgreifend zu verunsichern.

Nötig ist deshalb ein klarer Kurs. Das betrifft zum einen die Abgabenlast. Den CO₂-Preis auf fossile Energien stärker zu erhöhen, als das zwischenzeitlich geplant war, ist zwar dem Karlsruher Urteil zur verfassungswidrigen Haushaltsaufstellung geschuldet, verteuert aber eindeutig das Leben. Umso wichtiger wäre es, wie versprochen, mit dem Klimageld die größten Härten auszugleichen.

Eng damit zusammen hängt auch das zweite Problem, das im Sinne der

Verbraucherinnen und Verbraucher angegangen werden muss: die hohen Strompreise. Wer will, dass Ökostrom nach und nach die fossilen Energien verdrängt, muss dafür sorgen, dass der Umstieg finanziell nicht bestraft wird. Zwar kann man den Druck erhöhen, indem man die CO₂-Abgabe immer weiter erhöht – aber wenn der Preis für Ökostrom mangels Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren ebenfalls anzieht, fehlt der ökonomische Anreiz zum Wechseln. Das Resultat:

Die allgemeinen Aussichten für die Verbraucher sind derzeit gar nicht so schlecht.

Energie wird teurer, egal ob sie nun öko ist oder nicht.

Und dann ist da noch das große Verbraucherthema Wohnen. In diesen Zeiten umziehen zu müssen, ist für viele wie ein Schicksalsschlag. Die Bundesregierung muss da wesentlich engagierter gegensteuern als bisher. Ein effizientes Wohnungsbauprogramm muss kommen – zur Not mit niedrigeren Standards. Denn nur zusätzliche Angebote entlasten den Wohnungsmarkt mit seinen zum Teil aberwitzigen Auswüchsen.

Trotz der allgegenwärtigen Krisen: Die allgemeinen Aussichten für Verbraucherinnen und Verbraucher sind derzeit gar nicht so schlecht. Die Gehälter steigen im Schnitt überproportional, die Inflation nähert sich dem Normalwert und größere Entlassungswellen sind nicht abzusehen. Diese positiven Vorzeichen gilt es in diesem Jahr zu nutzen – dann wird 2024 auch wieder mehr eingekauft.

leitartikel@swp.de



Kommentar
Igor Steinle
zu den CO₂-Emissionen

Nachhaltig geht anders

Zwei auf den ersten Blick positive Meldungen sorgen derzeit für Aufsehen. Zum einen ging die Kohleverstromung in Deutschland 2023 stark zurück, zum anderen sanken die CO₂-Emissionen auf ein Rekordtief. Bei differenzierter Betrachtung haben beide Nachrichten jedoch große Schattenseiten.

So hat etwa die Hälfte des Emissionsrückgangs nichts mit Klimaschutz zu tun, sondern mit dem krisenbedingten Produktionsrückgang. Werden Güter aber wegen der hohen Energiepreise künftig anderswo produziert, wird dem Klima nicht geholfen, der deutschen Volkswirtschaft jedoch geschadet. Grundsätzlich positiv ist dagegen, dass der Anteil erneuerbarer Energien steigt. Je mehr davon zur Verfügung steht, desto seltener müssen fossile Kraftwerke laufen. Das werden in Zukunft immer seltener Kohlekraftwerke sein, weil sie wegen

steigender CO₂-Preise unrentabler werden. Dennoch: Der hohen Erneuerbaren-Quote zum Trotz ist der deutsche Energiemix nach wie vor der drittschmutzigste Europas. Das liegt daran, dass der Zubau von Wind- und Solarenergie bisher vor allem Kernkraftwerke ersetzt hat. Der künftige Zubau wird fossile Energieträger ersetzen, was einen stärkeren Emissionsrückgang zur Folge haben wird.

Ob der Strom dadurch für die Verbraucher billiger wird, ist eine Glaubensfrage. Sicher ist wohl, dass die Großhandelspreise sinken werden. Durch den notwendigen Bau von Gaskraftwerken in großer Zahl, das Hochfahren der Wasserstoffwirtschaft und den Netzausbau werden die Stromrechnungen aber womöglich hoch bleiben. Einen Vorgeschmack geben Zahlen des Vergleichsportals Verivox: Die Netzentgelte sollen 2024 um 25 Prozent steigen.

Proteste der Landwirte zeigen Wirkung

Haushalt Die Regierung knickt bei der Streichung von Subventionen ein. Doch die Bauern wollen weiterkämpfen. Auch in einem anderen Bereich wurde der Etatentwurf korrigiert.

Berlin. Der im Dezember ausgehandelte Haushaltskompromiss der Ampel-Spitzen hat nicht einmal einen Monat gehalten. Mehr als 200 Stunden hatten Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) zusammengesessen, um nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Kürzungen im Haushalt von rund 17 Milliarden Euro zu beraten. Neben der Streichung der E-Auto-Prämie hatten sie Kürzungen bei den Landwirten und die Übernahme der EU-Plastikabgabe durch die Hersteller sowie eine Kerosinsteuer auf Inlandsflüge beschlossen. Vieles davon ist nun Makulatur.

Vor allem der Protest der Landwirte Mitte Dezember in Berlin und die Drohung eines landesweiten Protests in der kommenden

Woche zeigten Wirkung. Auf die Abschaffung der Begünstigung bei der Kraftfahrzeugsteuer will die Bundesregierung ganz verzichten, wie Regierungssprecher Steffen Hebestreit mitteilte. Die Steuerbegünstigung beim Agrardiesel soll statt auf einen Schlag schrittweise abgeschafft werden: 2024 soll die Entlastung um 40 Prozent reduziert werden, 2025 um weitere 30 Prozent, 2026 soll sie ganz wegfallen.

Auch die Einführung der sogenannten Plastiksteuer auf Einwegverpackungen wird verschoben. Die Kosten von 1,4 Milliarden Euro pro Jahr, die bisher der Bund trägt, sollen erst 2025 auf die Hersteller übergehen. Dies sei „erforderlich, um mehr Zeit zur Erarbeitung einer effizienten und möglichst bürokratiearmen Lösung zu gewinnen“, sagte Hebestreit.

Der Vorsitzende des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, reagierte kämpferisch. „Dies kann nur ein erster Schritt sein.“ Rukwied blieb bei seiner Forderung, den Agrardiesel unverändert zu subventionieren: „Es geht hier ganz klar auch um die Zukunftsfähigkeit unserer Branche. An unserer Aktionswoche halten wir daher weiter fest.“

Unterstützung der Koalition

Der stellvertretende Fraktionschef der SPD, Achim Post, sprach von einem „vernünftigen Schritt in die richtige Richtung“ und erneuerte die Forderung seiner Partei nach einem erneuten Aussetzen der Schuldenbremse auch 2024. Sein grüner Amtskollege Andreas Audretsch sprach von einer „fairen Lösung“ für die Landwirte. „Wir werden nun zügig letzte Einzelheiten beraten und den Haushalt verabschieden“, sagte Audretsch dieser Zeitung.

Die oppositionelle Unionsfraktion ließ kein gutes Haar an den Beschlüssen. „Kürzungen beim Agrardiesel bleiben falsch, weil die Landwirte so gut wie keine Alternativen zum Diesel bei ihren Landmaschinen haben und sie im europäischen Wettbewerb zusätzlich benachteiligt werden“, erklärte Fraktionsvize Steffen Bilger (CDU). „Die Ampel-Einigung ist daher ein fauler Kompromiss.“ Die Einschnitte bei der Landwirtschaft müssten komplett zurückgenommen werden. Ellen Hasen-kamp, Jacqueline Westermann, Stefan Kegel



Erster Protest im Dezember: Landwirte mit Traktoren vor dem Brandenburger Tor. Foto: Fabian Sommer/dpa

Trump hofft auf Richter

USA Der Oberste Gerichtshof spielt dieses Mal im Kampf um die Präsidentschaft eine wichtige Rolle – wegen des Ex-Präsidenten.

Washington. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump ist optimistisch, dass der Supreme Court mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf Urteile in seinem Sinne fällen wird. Schließlich meint Trump, dass drei erzkonservative Richter, die er selbst ernannt hat, ihm zur „Loyalität“ verpflichtet seien.

In den kommenden Wochen könnte der Oberste Gerichtshof des Landes zum einen darüber entscheiden, ob Trumps Name in den Staaten Colorado und Maine auf dem Wahlzettel bleiben darf. Das höchste Gericht in Colorado und die Innenministerin von Maine hatten entschieden, dass der frühere Präsident nicht an den republikanischen Vorwahlen teilnehmen darf. Sie begründeten dies mit Trumps Rolle bei der Anzettlung des Aufstands im US-Kapitol und beriefen sich auf den 14. Zusatz zur US-Verfassung. Dieser verbietet es einer Person, die an einem Aufstand beteiligt war, sich um öffentliche Ämter zu bewerben. Wichtige noch: Trump

hofft, dass das Verfassungsgericht ihm Immunität zuerkennen und damit einen Schlussstrich ziehen wird unter das Strafverfahren wegen seiner Rolle bei dem Putschversuch am 6. Januar 2021.

Die Immunitätsfrage

Die Entscheidungen in Colorado und Maine werden auf den ersten Blick weniger folgenschwer sein. Schließlich gelten beide Staaten als demokratische Hochburgen. Sollte der Supreme Court gegen Trump entscheiden, dann könnte dies allerdings auch in anderen Staaten Schule machen, die noch über seine Teilnahme an der Wahl entscheiden müssen.

Gravierender wird aber die Immunitätsfrage sein. Falls das Verfassungsgericht Trumps Argument zurückweist, dass seine feurige Rede am 6. Januar lediglich „in Ausübung seines Amts als Präsident“ stattfand, dann könnte der Strafprozess bereits im Frühjahr beginnen. Ein Schuldspruch könnte theoretisch zu einer Gefängnisstrafe führen. Um-

fragen zufolge gilt, dass unentschlossene Wechselwähler gegen einen verurteilten Verbrecher stimmen würden.

Zwar haben sich die hohen Richter bisher nicht in die Karten schauen lassen, sie haben aber mehrmals gegen den Mann entschieden, der sie nominiert hat. Als Trump verhindern wollte, dass Staatsanwälte Zugang zu seinen Finanzunterlagen bekommt, wollte das Gericht von den Einwänden nichts wissen. Ähnlich entschied es, als ein Kongressausschuss Dokumente aus seiner Amtszeit einsehen wollte und Trump dagegen vorging. Auch seine Versuche, die Freigabe seiner Steuererklärungen zu blockieren, fruchteten nicht. Wichtiger noch: Das Verfassungsgericht ließ jeden Versuch, den Wahlsieg von US-Präsident Joe Biden zu kippen, abblitzen. Weitere Niederlagen vor dem Gericht könnten Trumps Ambitionen auf eine zweite Amtszeit einen empfindlichen Dämpfer verpassen.

Peter DeThier

STICHWORT TREIBHAUSGASE

Für die Zeit vor der Wiedervereinigung haben die Autoren der Studie der Denkfabrik Agora Energiewende die Daten zum Ausstoß an Treibhausgasen aus der Bundesrepublik und der DDR zusammengerechnet.

Rund 15 Prozent des Rückgangs führen die Studienautoren auf dauerhafte Einsparungen zum Beispiel durch den Ausbau erneuerbarer Energien oder eine effizientere Nutzung von Energie zurück. Etwa die Hälfte geht demnach auf kurzfristige Effekte wie den geringeren Stromverbrauch zurück. Die niedrigeren Emissionen liegen auch am Schwächeln der deutschen Industrie.

Hauptgrund für die bessere Klimabilanz ist laut Agora, dass 2023 weniger Strom aus dem Verbrennen von Kohle gewonnen wurde. Die Emissionen aus der Stromerzeugung sanken um 46 Millionen auf 177 Millionen Tonnen CO₂ und haben sich so im Vergleich zu 1990 mehr als halbiert. dpa

Treibhausgase Studie sieht starken Rückgang

Berlin. Deutschland hat der Denkfabrik Agora Energiewende zufolge 2023 so wenig Treibhausgase produziert wie seit den 1950er Jahren nicht mehr. Demnach ist der CO₂-Ausstoß gegenüber 2022 um 73 Millionen Tonnen auf insgesamt 673 Millionen Tonnen gesunken – was einem Rückgang von 46 Prozent im Vergleich zu 1990 entspreche. Das geht aus der Studie „Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2023“ hervor. dpa
Kommentar und Stichwort

Ukraine-Krieg Großer Austausch von Gefangenen

Kiew. Nach Tagen mit zahlreichen russischen Luftangriffen und ukrainischen Gegenschlägen über Neujahr gibt es auch eine positive Nachricht: Beide Seiten tauschen nach mehreren Monaten Pause wieder Gefangene aus. 230 ukrainische Männer und Frauen kehrten aus russischer Gefangenschaft zurück. 248 russische Gefangene wurden in ihre Heimat entlassen. Der Austausch von Gefangenen war laut ukrainischer Seite der größte seit dem russischen Einmarsch. dpa